

Einkommensrunde 2023

10

mit dbb seiten

Branchentage des vbob

MAGAZIN

Oktober 2022 • 72. Jahrgang



› Editorial



© Reimo Schaaf

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„fassunglos“ beschreibt die Reaktion vieler Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und damit auch vieler Mitglieder unseres vbob bei der Entwicklung der politischen Diskussionen im Rahmen der derzeitigen Energie- und Wirtschaftskrise. Was mittags an den Mikrofonen gesagt wird, hat abends teilweise schon keinen Bestand mehr. Wer unter diesen Umständen verlässlich planen will, sieht sich vor große Herausforderungen gestellt. Natürlich muss man den Handelnden zugutehalten, dass auch sie sich erstmalig in einer solchen Ausnahmesituation befinden. Eine Bundesregierung sollte aber auch darauf achten, in einer solchen Ausnahmesituation nicht selber zur Verstärkung der Unsicherheiten, beispielsweise durch interne Streitereien, beizutragen. Wie das sonst ausgehen kann, haben die letzten Wahlen in Europa uns nachdrücklich vor Augen geführt.

Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck hat sich aus Anlass eines Kongresses des BDI mit einem bemerkenswerten Statement vor die stark belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seines Ministeriums gestellt. Das hatte eine unglaubliche mediale Resonanz und führte auch bei uns zu verstärkten Presseanfragen hinsichtlich der Belastungssituation der Beschäftigten in Bundesministerien. Insofern reicht eine Aussage eines Bundesministers aus, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Beschäftigten der Bundesverwaltung zu lenken. Man stelle sich nur vor, die Bundesregierung würde die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihren Maßnahmen im Blick haben: Wie könnte ein Gesetzentwurf zu einer Besoldungsreform aussehen? Wie könnte ein Ergebnis der bevorstehenden Tarifverhandlungen ausfallen? Wie sähe ein Entlastungspaket für die fünf Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus? ...

Die Besoldungsreform ist schon lange überfällig. Unser Dachverband dbb und auch wir warten auf den Entwurf, der nach unserer Kenntnis bereits in der regierungsinternen Abstimmung ist. Sobald uns der Entwurf vorliegt, erhalten die Fachgruppen Gelegenheit, hierzu innerhalb einer auch für uns vorgegebenen Frist Stellung zu nehmen. Sollten Sie an der Mitarbeit zur Stellungnahme Interesse haben, so teilen Sie dies bitte Ihrem Fachgruppenvor-

stand mit. Nach Verfassen der Stellungnahme bilden wir aus den eingegangenen Beiträgen die Gesamtstellungnahme des vbob.

Verhandlungen sind gekennzeichnet durch Rahmenbedingungen sowie die verschiedenen Interessenlagen der Verhandlungsseiten. Erfolgreich sind sie im Regelfall, wenn beide Seiten eine gemeinsame Zielvorstellung entwickeln, die eine Verhandlungsgrundlage ermöglicht. Die Bedingungen für die bevorstehenden Tarifverhandlungen werden zurzeit innerhalb der dbb Mitglieds-gewerkschaften im Rahmen sogenannter Branchentage diskutiert. Hier erhalten die anwesenden Mitglieder der Gewerkschaften Gelegenheit, ihre Vorstellungen und Ideen zu den Tarifverhandlungen den Gewerkschaftsspitzen und Verhandlern mitzuteilen und gemeinsam darüber zu diskutieren. In diesem Jahr hat der vbob an zwei Branchentagen mitgewirkt, gemeinsam mit der komba in Bonn und in Flensburg. Darüber hinaus hat sich das Kompetenzteam Tarif zu den Tarifverhandlungen getroffen und die Vorstellungen diskutiert sowie weitere Impulse eingebracht. Lesen Sie gerne den Bericht über die beiden vbob Branchentage in dieser Ausgabe.

Mitte Oktober treffen sich die Mitglieder der Bundestarifkommission des dbb zur Forderungsfindung. Neben mir werden die ständigen Mitglieder Claudia Goeke und Ludwig Hofmann anwesend sein. Zur Vorbereitung dieser Forderungsfindung haben wir dem dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, unsere Vorstellung zur Gestaltung einer Forderung im Rahmen einer Tarifverhandlung mitgeteilt. Diese werden ebenso wie die der anderen Mitglieds-gewerkschaften in eine Gesamtforderung des dbb mit einfließen.

Egal wie die Forderung des dbb am Ende, auch der Höhe nach, ausfällt – sie muss unter den geltenden Rahmenbedingungen durchgesetzt werden. Das bedeutet, auch wir vbob Mitglieder müssen durch unsere Teilnahme an den Aktionen zeigen, dass wir hinter den Forderungen stehen. Spätestens im Frühjahr wird sich zeigen, wie ritualisiert die Arbeitgeberseite in die Verhandlungen einsteigt.

Die Forderungen zur Tarifrunde werden hoch sein und berechtigt! Zu deren Durchsetzung brauchen wir auch Sie alle!

Der Bundesjugendvertreter Morris Hültner hat seine Aktion bereits durch eine gesonderte Info angekündigt und wird gemeinsam mit den Fachgruppenvorständen und den jungen Mitgliedern des vbob den Ausbau der Jugendarbeit in unserer Organisation besprechen. Bitte unterstützen Sie diese Projekte nach Kräften!

Zum Schluss möchte ich Sie noch auf eine weitere virtuelle Veranstaltung der Bundesfrauenvertreterin Anna Diegeler-Mai hinweisen. Noch im Oktober ist ein Austausch gemeinsam mit der dbb Frauenvertreterin Milanie Kreutz und ihrem Team geplant, zu dem Sie rechtzeitig eine Einladung über die Fachgruppen erhalten werden.

Kontaktieren Sie uns gerne, denn wir sind für Sie da!

Beste Grüße
Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > Einkommensrunde 2023 – Branchentage des vbob 4
- > Im Dialog mit ...
 - ... Dagmar Busch, Abteilungsleiterin im Bundeskanzleramt 6
 - ... Präsident Dr. Hanns-Christoph Eiden, BLE 6
- > Nachklapp Bundesvertretertag: Wir sind die Neuen ... 8
- > Kommentierte Pressestimmen 10
- > vbob jugend – Aktuelle Situationslage der Nachwuchskräfte in der Bundesverwaltung 12

> dbb

- > Demografischer Wandel: Maßnahmen gegen den Personalmangel 13
- > Zur Sache – 2022 bis 2024: Das lange Tarifjahr 14
- > EKR Bund und Kommunen – Erste Branchentage: Mitreden, mitarbeiten, mitentscheiden 16
- > Meinung – Fachkräftemangel: Die Stellschrauben jetzt drehen 18
- > Interview – Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales 20
- > Reportage – Arbeitszeitmodelle: Starre Systeme adé 22
- > In eigener Sache – dbb Imagekampagne: How-to Social-Media-Toolbox 30
- > Neuer dbb Podcast gestartet: Menschen, die Staat machen 31
- > Junge Beschäftigte – Bundesjugendausschuss 2022: 75 Anträge an den Gewerkschaftstag 32
- > Neues dbb jugend magazin: #staatklar 33
- > Frauen – Bundesweite Kampagne: Mitmachen für #ParitätJetzt 34
- > Senioren – Politikergespräch: Mobilität und Teilhabe sicherstellen 35
- > Service 38
- > Online-Forum – dbb Ideenfabrik „Geh, hör!“ Staatliches Handeln braucht Resilienz 42

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. **Hauptstadtbüro Berlin:** Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** Reimo Schaaf, AdobeStock, Marco Urban, Fotolia. **Titelbild:** Windmüller.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 39,50 Euro zzgl. 7,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. **Einzelheft** 4,40 Euro zzgl. 1,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 63** (dbb magazin) und **Preisliste 42** (vbob Magazin), gültig ab 1.1.2022. **Druckauflage dbb magazin:** 553 059 (IVW 2/2022). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



Einkommensrunde 2023

Branchentage des vbob

Gemeinsam mit der dbb Mitgliedsgewerkschaft komba veranstaltete der vbob in Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen zwei Branchentage.

Im Bonner Stadthaus diskutierten am 21. September Mitglieder beider Gewerkschaften über die derzeitige Situation der Beschäftigten in Bund und Kommunen. Eingeladen waren die Mitglieder der Gewerkschaften; für den vbob koordinierte die Fachgruppe des Technischen Hilfswerkes die Bonner Veranstaltung. Am 28. September fand der Branchentag in Flensburg statt. Dort koordinierte die Fachgruppe des Kraftfahrtbundesamtes für den vbob. Die Branchentage dienen dem Austausch der Gewerkschaftsspitzen mit den Mitgliedern zu deren Einschätzungen und Vorstellungen im Vorfeld einer Tarifrunde.

In Bonn schilderte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die Rahmenbedingungen und die Vorbereitungen des dbb sowie der Tarifkommission, in der die beiden stellvertretenden vbob Bundesvorsitzenden Claudia Goeke

und Ludwig Hofmann ständige Mitglieder sind. Silberbach forderte für die ebenfalls von den zusätzlichen Belastungen durch Energiepreise und Inflation betroffenen Beschäftigten in Bund und Kommunen ein dickes Plus bei den bevorstehenden Verhandlungen.

In seiner Rede vor den in Bonn versammelten Gewerkschaftsmitgliedern verwies Bundesvorsitzender Frank Gehlen ebenfalls auf die derzeitige Entwicklung der hohen Inflation und Lebenshaltungskosten. Es brauche jetzt zwingend eine deutliche Einkommenssteigerung, Einmalbeträge seien keine Lösung bei dauerhafter Preissteigerung.

Im Hinblick auf die Maßnahmen der Bundesregierung zum Bürgergeld und die damit verbundene signifikante Erhöhung der staatlichen Sozialleistungen verwies er auf das einzuhaltende Abstandsgebot.



© vbob

> Der Bundesvorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach (4. v. l.), ließ es sich nicht nehmen, die vbob Mitglieder beim Branchentag in Bonn persönlich zu begrüßen.

„Dass es Beschäftigte im öffentlichen Dienst gibt, die aufgrund ihres geringen Einkommens Wohngeld beantragen müssen, ist skandalös!“

In Flensburg trafen sich ebenfalls Mitglieder der Fachgruppe Kraftfahrt-Bundesamt und Mitglieder der Kommunalverwaltung (komba) zum Branchentag der dbb tarifunion.

Volker Geyer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fach-

vorstand Tarifpolitik des dbb, als Gast aus Berlin informierte die Anwesenden über die aktuellen Einschätzungen der Bundesleitung und leitete dann den offenen Meinungsaustausch ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ergriffen die Gelegenheit, ihre Meinungen zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen vorzutragen und trugen ihre Enttäuschung über das Verhalten der Arbeitgeber im Bund und im Kommunalbereich vor.

Dass man über Jahrzehnte im Vergleich mit der freien Wirtschaft stets hintenanstehen musste. Es sei an der Zeit, endlich einmal Forderungen zu erheben, die oberhalb der IG Metall liegen. Obendrein muss zum Aufrechterhalten des Lebensstandards ein angemessener Ausgleich zur ständig steigenden Inflation kommen. Da niemand einschätzen kann, was in zwölf Monaten für preisliche Entwicklungen vorherrschen, darf es auch keinen langlaufenden Tarif-

abschluss geben. Ferner lehnte die Mehrheit Einmalzahlungen ab, da diese sich langfristig negativ auf das Einkommen und die Rentenansprüche auswirken.

Es muss eine prozentuale Erhöhung her, ggf. mit einer sozialen Komponente für die unteren bis mittleren Einkommensgruppen. Die in der Politik diskutierte Energiezulage muss außerhalb der Tarifverhandlungen an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst fließen. ■



© Windmueller

> Die vbob Mitglieder im KBA beim Branchentag mit Volker Geyer, dbb (5. v. r.)

Im Dialog mit ...

... Dagmar Busch, Abteilungsleiterin im Bundeskanzleramt

Die Herausforderungen für die Bundesregierung durch den Ukraine-Krieg, die hohe Inflation und die explodierenden Energiepreise bildeten den Kern des Austausches zwischen der Abteilungsleiterin im Bundeskanzleramt, Dagmar Busch, und dem Bundesvorsitzenden Frank Gehlen. Die Sicherheitslage in Europa sei durch den russischen Präsidenten massiv beeinflusst und gestört worden. Die Cyberangriffe sind durch die zuständigen deutschen Sicherheitsbehörden in hoher Anzahl und Intensität nicht erst seit Beginn des Krieges zu registrieren. Die Bundesregierung trage mit engagierter Arbeit zur Lösung beinahe täglich neu auftretender Folgen durch das völkerrechtswidrige Vorgehen des russischen Aggressors bei.

Frank Gehlen dankte Dagmar Busch bei seinem Besuch auch für die Bereitschaft, neben



> Frank Gehlen gratulierte Dagmar Busch zur Wiederwahl als stellvertretende Vorsitzende des Schiedsgerichts des vbob.

dem Vorsitzenden des vbob Schiedsgerichts, Klaus Uckel,

als stellvertretende Vorsitzende zu kandidieren und gratu-

lierte zur Wiederwahl im Juni in Hamburg. *fg*



... Präsident Dr. Hanns-Christoph Eiden, BLE

Das starke Wachstum der vergangenen Jahre, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Getreideversorgung und Ernährungslage sowie die Digitalisierung der Behörde waren die Themen, über die aus Anlass des Besuches von Frank Gehlen bei Präsident Dr. Eiden diskutiert wurde. Dr. Eiden, der aufgrund der vielen auch zusätzlichen Anforderungen an die BLE (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung) seinen Ruhestand

um ein Jahr hinausgeschoben hat, teilte die Auffassung, dass die Suche nach qualifiziertem Personal auch aufgrund eigener Erfahrungen in seiner Behörde zunehmend schwieriger werde.

Die räumliche Unterbringung der inzwischen über 1 300 Beschäftigten an den verschiedenen Standorten und am Stammsitz in Bonn biete zudem weitere Herausforderungen, so Dr. Eiden. ■

Fachgruppe BSI besteht seit 30 Jahren

Nach Gründung des BSI (Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik) zum 1. Januar 1991 hat es zuerst eine „lose“ Fachgruppe gegeben, um die vbob Mitglieder der Vorgängerbehörde(n) für den ersten Personalrat nicht zu verlieren und zu organisieren. Der Kollege Siedentop war sozusagen der erste Fachgruppenvorsitzende. Es gab aber noch keine Struktur mit eigener Kasse, gewähltem Vorstand usw.

Die eigentliche Gründung mit formal gewähltem Vorstand erfolgte dann Anfang 1992 in Anwesenheit des damaligen Bundesvorsitzenden Kurt Kleff im Haus Schalleck, einer Villa in Mehlem mit historischem Charme.

So, wie sich die zahlreich neu eingestellten Beschäftigten des BSI erst einmal organisieren und finden mussten, sollte

auch die Fachgruppe mitwachsen. Stets vorne dabei in der Personalratsarbeit, wuchs die Fachgruppe langsam aber stetig, bis sie 2020 erstmals eine dreistellige Mitgliederzahl erreicht hatte.

In all den Jahren hatte die FG 52 drei Vorsitzende. Von 1991 bis 1992 BD Siedentop, von 1992 bis 2006 RAR i. R. Hartmut Grün und seit 2006 bis heute



> Christoph Schlinkert und Hartmut Grün (v. l.) bei einer FG-Versammlung

ROAR Christoph Schlinkert. Die beiden Letztgenannten waren und sind Kraft ihres Amtes aktiv im Bundeshauptvorstand des vbob tätig.

Nach seinem Ausscheiden, Anfang 2008, ist Hartmut Grün

zum Ehrenvorsitzenden der Fachgruppe ernannt worden und bot mit seiner Erfahrung seine Hilfe in der Bundesgeschäftsstelle des vbob in Bonn an. Ein „Ehrenamtler“ durch und durch.

Attraktive Arbeit Digitale Zukunft

BUNDESVERTRETERTAG
2022

Nachklapp Bundesvertretertag

Wir sind die Neuen ...

Nachfolgend stellen sich Ihnen die neu gewählten Bundesvorstandsmitglieder zum besseren Kennenlernen vor. Mit Lilia Berwold aus dem Statistischen Bundesamt (Destatis) in Bonn und Manfred Becker aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) schließt sich die Runde der Vorstellungen.

LILIA BERWOLD

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Bundesvertretertag 2022 wurde ich als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt. An dieser Stelle möchte ich mich für die Unterstützung und das Vertrauen, das mir damit entgegengebracht wurde, herzlich bedanken. Gerne möchte ich die Möglichkeit nutzen, mich hier vorzustellen:

Ich bin 33 Jahre alt, lebe und arbeite in Bonn. Zurzeit bin ich als Hauptsachbearbeiterin beim Statistischen Bundesamt beschäftigt und bin für die Personalbetreuung einer Geschäftsbereichsbehörde des BMI zuständig.

Zu meinen Tätigkeiten gehören sowohl die Beratung und Unterstützung der Amtsleitung in Angelegenheiten der Personalentwicklung als auch die Planung und Bearbeitung der Personalangelegenheiten im Tarif- und Beamtenbereich für alle Laufbahngruppen. Hierbei informiere ich die Beschäftigten auch in personalrechtlichen Angelegenheiten.

Zusätzlich bin ich seit dem Jahr 2020 ordentliches Mitglied im HPR des BMI.

Vor ca. elf Jahren absolvierte ich meine Ausbildung als Fachangestellte für Bürokommunikation beim Statistischen Bundesamt und bekam zunächst für zwei Jahre einen Zeitvertrag. Ich wurde in das Geschäftszimmer des Örtlichen Personalrats Bonn eingesetzt, wo ich das erste Mal mit Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit in Berührung kam. Was auch dazu führte, dass ich 2014 Gewerkschaftsmitglied wurde.

Während meiner Ausbildung und meiner Tätigkeit im Geschäftszimmer des ÖPR habe ich gemerkt, dass meine Stärken und mein Interesse in den Rechtsgebieten liegen.

Um mein Wissen hier zu vertiefen und um mich auch weiterzuentwickeln, habe ich mich 2013 dazu entschieden, berufsbegleitend Wirtschaftsrecht zu studieren und habe seit 2017 meinen Abschluss in Bachelor of Laws. Während dieser Zeit wurde mein Zeitvertrag verlängert und letztendlich auch entfristet. 2018 gelang mir, aufgrund des Studiums und der erfolgreichen Bewerbung, für meine jetzige Tätigkeit der Laufbahnwech-



© Reimo Schaaß

> Lilia Berwold

sel vom mittleren in den gehobenen Dienst. Seit April 2022 bin ich verbeamtet.

Meine beruflichen Erfahrungen und meine Beratertätigkeit für die Amtsleitung einer Geschäftsbereichsbehörde des BMI und für deren Beschäftigten haben mir immer wieder gezeigt, wie wichtig es ist, einen Blick über den Tel-

lerrand zu werfen. Meine Erfahrungen möchte ich sehr gerne im Bundesvorstand des vbob einbringen.

Wir stehen vor vielen neuen Herausforderungen. Daher möchte ich als Beisitzerin im Bundesvorstand den vbob aktiv dabei unterstützen, diese im Sinne unserer Mitglieder zu meistern.

MANFRED BECKER

Als langjähriges Mitglied des vbob konnte ich viele Jahre vom gewerkschaftlichen Engagement profitieren und in unserer Gemeinschaft gegenseitige Solidarität und Unterstützung erfahren. Unausgesprochen bleibt dabei häufig, dass diese wichtige Arbeit nur dann gelingen kann, wenn Mitglieder in eine aktive Rolle wechseln und sich persönlich einbringen – mit ihrem Engagement, ihrer Überzeugung und mit aller Erfahrung, die sie im Berufsleben machen durften.

Dieser Austausch in alle Richtungen, neue Sichtweisen unserer jungen Kolleginnen und Kollegen als wertvolle Bereicherung und als notwendiger Impuls für Innovationen, gekoppelt mit der Nutzung vielfältiger Erfahrungen langjähriger Tätigkeiten machen ein gutes Team aus, das die Vielfalt unserer Mitglieder abbildet und Identifikation schafft.

Diese Komponenten gaben auch für mich den Ausschlag dafür, für das Amt des Rechtsschutzbeauftragten beim Bundesvertretertag 2022 zu kandidieren. Dabei repräsentiere ich die Komponente langjähriger Verwaltungserfahrung, die ich sehr gerne einbringen möchte. Viele Jahre unterschiedlicher Tätigkeiten in der Zentralabteilung (insb. Personal und Organisation) und in mehreren Ressortgeschäftsbereichen (so u. a. BMVI – jetzt BMDV, BMUB – jetzt BMUV, BMI) aber auch die unmittelbaren Erfahrungen in der konstruktiven Zusammenarbeit mit

Personalvertretungen sind sicherlich hilfreich, wenn es darum geht, im Kontext Rechtsschutz die Mitglieder des vbob zu unterstützen. Themen wie Beurteilungen, Zeugnisse, arbeitsrechtliche Fragestellungen, aber auch Aspekte von Dienstvereinbarungen oder anderen internen Regelwerken stehen immer wieder im Mittelpunkt zu klärender Sachverhalte zwischen Dienststellen und den Kolleginnen und Kollegen.

Hier bietet der gewerkschaftliche Rechtsschutz, der sich in Beratungs- und Verfahrenrechtsschutz untergliedert, wertvolle Hilfe, wenn es zum Beispiel um die rechtliche Einschätzung von Sachverhalten, die Durchsetzung von Rechtsansprüchen bzw. die Abwehr geplanter oder vollzogener arbeitsrechtlicher Maßnahmen geht. Der Erstkontakt erfolgt – so sieht es unsere Rechtsschutzordnung vor – dabei über den vbob und den Rechtsschutzbeauftragten. Hier wird geklärt, was die geeignete und die für das Mitglied beste Unterstützung ist. Da der vbob keine umfangreiche Rechtsabteilung unterhalten kann, hat der vbob sichergestellt, dass er sich bei komplexeren oder gerichtlichen Sachverhalten der vom dbb eingerichteten Dienstleistungszentren bedienen kann. Dort arbeiten hauptberuflich Volljuristen mit arbeits-, beamten- und verwaltungsrechtlicher Expertise.

Als jemand, der über viele Jahre Personalangelegenheiten selbst zu bearbeiten hatte



> Manfred Becker

und hat, kann ich neben meiner beruflichen Ausbildung als Volljurist zusätzlich noch Erfahrungen in der Klärung und Lösung von Interessen- und Zielkonflikten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer*innen bieten. Neben der Erkenntnis, dass es sicherlich in einer Vielzahl von Fällen einer rechtlichen, u. U. auch gerichtlichen Klärung bedarf, ist es aber durchaus nicht selten möglich, im Dialog zwischen den Beteiligten Lösungswege zu finden, die die Belastung kontroverser rechtlicher Auseinandersetzung für alle Beteiligten reduzieren und dennoch tragfähige Klärungen herbeiführen.

Gewerkschaft lebt von Dialog und gegenseitiger Unterstützung und Beratung. Diesen Gedanken möchte der vbob und ich persönlich umsetzen, um Ihnen in bester Tradition gewerkschaftlicher Solidarität Hilfestellung zu geben.

Rechtsschutz ist dabei ein wichtiger Baustein, der neben die berufspolitische Interessenvertretung tritt und besonders nah und unmittelbar, konkrete Anliegen aufgreift. Bei grundsätzlicher Bedeutung bestimmter Rechtsfragen trägt diese Tätigkeit auch dazu bei, Rechtssicherheit für alle Kolleginnen und Kollegen zu schaffen.

© Reimo Schaaf



Kommentierte Pressestimmen

„Behörden warnen vor Personalmangel“ titelt das Handelsblatt vom 30. August 2022.

Eine Umfrage des Forschungs- und Beratungsunternehmens Wegweiser Research & Strategy und des Centre for Digital Governance der Hertie School of Governance zeigt auf, dass für die Behördenleiter*innen bei den Herausforderungen für die Zukunft die Personalthemen ganz oben stehen. Fast 45 Prozent nannten eine demografieorientierte Personalpolitik, rund 35 Prozent sehen die Notwendigkeit, dass sich die Verwaltung als attraktiver Arbeitgeber beweist. Der Beamtenbund warnt schon länger vor dramatischen Personalengpässen im öffentlichen Dienst. Aktuell fehlten den Behörden schon 330 000 Beschäftigte, in den nächsten zehn Jahren würden rund 1,3 Millionen Beschäftigte altersbedingt ausscheiden. Um als Arbeitgeber attraktiver zu werden, haben 54 Prozent der Behörden die Möglichkeiten für Telearbeit und Homeoffice ausgebaut, weitere 34 Prozent planen, das zu tun. Auch mit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder attraktiven Aus- und Weiterbildungsangeboten sollen neue Mitarbeiter gewonnen werden.

„Mehrheit hält Staat für überfordert“, dpa – Deutsche Presseagentur vom 1. September 2022.

Weniger als jede und jeder Dritte in Deutschland hält den

Staat, einer neuen Umfrage zufolge, derzeit für fähig, seine Aufgaben zu erfüllen. Den Staat überfordert sehen deutliche Anteile derzeit in den Bereichen Energie und Klimaschutz. Das zeigt eine Bürgerbefragung des Beamtenbunds dbb. Weniger Menschen als früher sehen den Staat bei der Schul- und Bildungspolitik überfordert sowie bei Migration und innerer Sicherheit. Das Institut Forsa erhebt jährlich für den dbb Daten zum Vertrauen in Staat und öffentlichen Dienst. In der im Juli durchgeführten Erhebung gaben nur noch 29 Prozent der Befragten an, der Staat sei handlungsfähig und könne seine Aufgaben erfüllen. Der Wert lag 2019 schon einmal bei nur 34 Prozent. 2021 hielten 45 Prozent den Staat für handlungsfähig. Zwei Drittel (66 Prozent) halten den Staat derzeit für überfordert nach 51 Prozent im vergangenen Jahr. Der dbb Vorsitzende Ulrich Silberbach sagte: „Der Trend war bereits letztes Jahr zu erkennen, jetzt ist das Kind endgültig in den Brunnen gefallen.“

Der Staat präsentiere sich als schlechter Krisenmanager. Silberbach nannte etwa die Klimakrise oder Corona. Der Gewerkschafter sagte: „Jetzt zahlt die Gesellschaft den Preis dafür, dass wir bei der Politik um jeden Euro und jede Stelle für den öffentlichen Dienst feilschen müssen.“ In der Umfrage schlugen sich aktuelle politische Sorgen nieder. So

meinen 17 Prozent derjenigen, die den Staat für überfordert halten, dies sei vor allem in Sachen sichere und bezahlbare Energieversorgung der Fall. Im vergangenen Jahr hatten dies nur 4 Prozent gesehen. Bei Schule und Bildung halten noch 13 Prozent den Staat für überfordert – 2019 waren es hier noch 24 Prozent. Bei Klima- und Umweltschutz haben 15 Prozent diesen Eindruck (2019: 13 Prozent). Hingegen sehen nur noch 10 Prozent den Staat derzeit in der Asyl- und Flüchtlingspolitik als überfordert an – 2019 waren dies noch 19 Prozent. Nur 9 Prozent, die den Staat für überfordert halten, halten ihn im Umgang mit dem Krieg in der Ukraine oder mit Russland für überfordert. Beim Ansehen einzelner Berufsgruppen stehen nach wie vor Feuerwehrleute mit einem hohen Ansehen bei 93 Prozent der Befragten an oberster Stelle – gefolgt von Beschäftigten in der Pflege, bei der Polizei, in der Kindererziehung sowie bei Ärztinnen und Ärzten. Allerdings gingen die Werte in diesen Gruppen teils deutlich nach unten: So haben Polizistinnen und Polizisten noch bei 78 Prozent ein hohes Ansehen – nach 85 Prozent im vergangenen Jahr. Silberbach unterstrich, dass unter den beliebtesten Berufsgruppen überwiegend Jobs aus der Daseinsvorsorge seien. „Wer einen konkreten Dienst für die Gesellschaft erbringt, erfährt von seinen Mitmenschen dafür in der Regel Wertschätzung –

oft mehr als vom Arbeitgeber oder Dienstherrn“, sagte der dbb Chef. Unter den Aufgaben des Staates halten mit 62 Prozent viele die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft für besonders wichtig. Investitionen in den Klimaschutz sehen 53 Prozent als sehr wichtig, die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur 45 Prozent, einen Ausbau und die Modernisierung des öffentlichen Dienstes 44 Prozent.

Nicht jeder Aufgabenbereich des öffentlichen Dienstes ist gleich angesehen. Es gab im Vergleich zum letzten Jahr bei allen in der Umfrage genannten Einrichtungen minimale Einbußen, aber die Positionierungen in der Bewertungsskala haben sich nicht verändert. Am besten schneiden in der Umfrage die Straßenreinigung/Müllabfuhr ab sowie Bibliotheken und Museen. Am schlechtesten schneiden hingegen die Sozialämter, Arbeitsämter sowie die Landes- und Bundesministerien ab.

Auch wenn der Abwärtstrend in diesem Teil der Umfrage deutlich schwächer ausfiel, ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Wahrnehmung von Staat und öffentlichem Dienst aufgrund der akuten Krisen insgesamt stark gelitten hat. Ulrich Silberbach bringt es auf den Punkt: „Wir haben leider nur noch eine Schönwetter-Daseinsvorsorge. Das ist die traurige Wahrheit und die Menschen erleben das jeden Tag.“ *lb*

vbob jugend

Aktuelle Situationslage der Nachwuchskräfte in der Bundesverwaltung

Bundesjugendvertreter kontaktiert die Fachgruppen

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

als Bundesjugendvertreter ist es mein wichtigstes Bedürfnis, mich für alle Anliegen der Jugendlichen, Auszubildenden und Studierenden in der Bundesverwaltung einsetzen zu können. Hierfür bin ich natürlich auf den Input aus den einzelnen Behörden angewiesen, um ein aktuelles Bild der Lage „vor Ort“ zu erhalten.

Die aktuellen weltpolitischen Geschehnisse stellen uns alle vor unerwartete Herausforderungen. Gerade aber für junge Menschen, welche sich noch in einer Ausbildung bzw. im Studium befinden, kann dies zu enormen Problemstellungen führen. Getreu dem Motto „Nähe ist unsere Stärke“ möchte ich erfahren, ob die „Nachwuchskräfte“ in den Behörden dabei optimal betreut bzw. vertreten werden.

Jugend- und Auszubildendenvertretungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Die vbob jugend unterstützt hier gerne bei der Wahlvorbereitung, wie auch bei Fragen während der Amtsperiode.

Ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Kommunikation ist die Integration einer/eines Jugendbeauftragten in den einzelnen Fachgruppen. Dies hat den Vorteil, dass schnell und direkt auf Anliegen der Jugend reagiert werden kann.



> Morris Hültner



Gleichzeitig soll eine behördenübergreifende Vernetzung stattfinden und die Arbeit der vbob jugend vorangetrieben werden, indem bei regelmäßigen Austauschen neue Stimmen und Meinungen eingebracht werden. Hierbei verweise ich auch auf die Möglichkeit, aktiv in der AG vbob jugend mitwirken zu können.

Ich bitte Sie darum, uns bei diesem Vorhaben zu unterstützen, um eine gute Arbeitssituation sowohl der aktuellen Jugend als auch für zukünftige Kolleg*innen sicherzustellen und Verbesserungen voranzutreiben.

Die ersten Schritte sind getan – die Fachgruppenvorsitzenden sind angeschrieben. Darüber

hinaus können Sie uns aber jederzeit gerne über jugend@vbob.de kontaktieren. Folgt uns auch gerne auf Instagram oder Facebook.

Vielen Dank!

Mit kollegialen Grüßen
Morris Hültner,
Bundesjugendvertreter vbob